Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1924

21.5.1924 (No. 119)

Visual Library

№ 119 Mittwoch, den 21. Mai 1924 167. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrich-Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlfriedrichstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen.

Amtlicher Teil

Portugiesisches Konsulat

** Herr Oskar Bungert in Mannheim ist zum portugiesischen Konsul in Mannheim ernannt worden. Nachdem ihm namens des Reichs das Exequatur erteilt worden ist, wurde er zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen für Baden zugelassen.

Konsularische Vertretung Argentiniens

** Dem zum argentinischen Vizekonsul in Karlsruhe ernannten Herrn E. Frederico Morck ist namens des Reichs das Exequatur erteilt worden. Er ist daher zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in Baden endgültig zugelassen. Das Büro des Vizekonsulats befindet sich in Karlsruhe, Kaiserstraße 141.

Die Kabinettsbildung in Deutschland und das Ausland

Die europäische Politik befindet sich seit ein paar Wochen in einer Ruhepause, die allerdings durchaus keine Erholungspause ist. Die Wahlen in Deutschland und noch mehr die Wahlen in Frankreich haben die Notwendigkeit von Kabinettsneubildungen geschaffen; und, bevor diese Neubildungen nicht erfolgt sind, ist es unmöglich, offizielle Verhandlungen zur Regelung des wichtigsten europäischen Problems, des **Reparationsproblems**, aufzunehmen. Benutzt wird diese Ruhepause, um unter den Staaten, deren politische Einstellung zu den Dingen ziemlich eindeutig festliegt, Besprechungen abzuhalten, damit das große Werk der Erledigung des Reparationsproblems auf guter Grundlage sofort in Angriff genommen werden kann, sowie die Kabinettsbildungen in Deutschland und Frankreich erfolgt sind.

So hat — z. T. noch vor den französischen Wahlen — ein reger und von Person zu Person geführter Gedankenaustausch zwischen dem **britischen Premierminister** und den führenden **belgischen Ministern** stattgefunden, u. neuerdings haben ähnliche Besprechungen zwischen den belg. Ministern und **Mussolini** stattgefunden. Wie es scheint, ist dabei im großen und ganzen eine erhebliche Annäherung erzielt worden. **Nur in der Frage der Sanktionen** will Belgien nach wie vor den Standpunkt Poincarés berücksichtigt wissen. Ob mit derselben Schroffheit, wie Poincaré, das ist allerdings zu bezweifeln. Von besonderer Wichtigkeit ist es, daß man nunmehr doch allenthalben eingesehen hat, daß das **Reparationsproblem gesondert von dem der interalliierten Schulden** behandelt werden muß, da man sonst überhaupt nicht vorwärts kommt.

Mussolini hat sich von neuem als der Befürworter einer Politik bekannt, die antipoincaristisch ist und im Wesentlichen mit der Macdonalds übereinstimmen dürfte. Wenn neuerdings das nationalistische „Echo de Paris" gegenteilige Behauptungen aufstellt und sogar davon spricht, daß Mussolini und Theunis sich für die Verbindung des Reparationsproblems mit dem der interalliierten Schulden entschieden hätten, so ist das wohl als eine Stimmungsmache zu bewerten, deren Urheber bei dem Charakter des Pariser Blattes leicht zu erkennen sind.

Was die **Stellungnahme Frankreichs** anlangt, so läßt sich Zuverlässiges darüber solange nicht sagen, als nicht das Kabinett gebildet ist. Inzwischen wird noch immer darüber verhandelt, ob die **Sozialisten** sich an der Kabinettsbildung beteiligen sollen oder nicht. An sich möchten sie schon ganz gerne, aber viele ihrer Führer haben Angst vor den Kommunisten **Herriot** soll erklärt haben, daß er den Auftrag zur Bildung eines Kabinetts unter allen Umständen übernehmen werde.

In linksstehenden Pariser Blättern wird das **Programm** erörtert, daß eine neue Regierung des **Linksblocks** wahrscheinlich aufstellen werde. Dieses Programm solle gipfeln in folgenden Punkten: Durchführung des Sachverständigenberichts **ohne Vorbehalte, prinzipieller Verzicht auf eine Politik der Sanktionen, Freilassung aller deutschen Gefangenen** ohne jede Gegenleistung, Überweisung der Frage der **Sicherheiten** und der Frage der **Abrüstung** an den Völkerbund, **Anerkennung** der Sowjetregierung und bestimmte, innerpolitische Reformen im Sinne einer mehr demokratischen Politik. Würde sich die neue französische Regierung faktisch zu einem derartigen Programm verstehen, so würden damit die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich erheblich verbessert werden, ferner würde aber auch den **Deutschnationalen** dadurch eine Annäherung an das außenpolitische Programm der bürgerlichen Mittelparteien erleichtert werden.

Daß der **Sachverständigenbericht in Bausch und Bogen**, ohne alle Vorbehalte angenommen werden muß, **wenn man noch in absehbarer Zeit zu irgendwelchen praktischen Beschlüssen gelangen will**, das hat die **Londoner Presse**, und zwar offenbar in Übereinstimmung mit der britischen Regierung, noch in letzter Zeit ganz klar zum Ausdruck gebracht. Ja, man hat sogar dabei geradezu die Form einer direkten Mahnung an Deutschland und Frankreich gewählt. Die britischen Staatsmänner wissen eben nur zu genau, daß, sowie der eine der beiden Partner einen Vorbehalt anmeldet, der andere nicht zögern wird, das Gleiche zu tun. Dann aber würde eine lange Diskussion beginnen über diese Vorbehalte. Bei dieser Diskussion würde nicht nur wertvolle Zeit verloren gehen, sondern es bestände die Gefahr, daß die Gemüter sich über allerlei Nebenfragen und über gewisse Imponderabilien erhitzen, und daß schließlich das Ende der ganzen Aktion ein Scherbenhaufen ist. Aus diesen Gründen ist von vornherein auch von den Sachverständigen selbst zunächst einmal die Pauschalannahme des Berichts gefordert worden. Daß diese Annahme lediglich als eine prinzipielle gedacht ist und **nicht etwa eine Bindung auf den Buchstaben** bedeutet, hat **Macdonald** bereits erkennen lassen, indem er dieser Tage sagte, daß, wenn man bei der Durchführung auf Schwierigkeiten stoße, gewisse Einzelheiten immer noch im Sinne der Vernunft geregelt werden könnten.

Eines sollten aber unsere früheren Gegner von vornherein mit der notwendigen Offenheit und Klarheit anerkennen, daß die Zahlungen und Leistungen, die uns der Sachverständigenbericht zumutet, **auch heute noch ganz ungeheuerlich sind**, und daß wir unseren Verpflichtungen, falls deren Erfüllung überhaupt im Bereich des Menschenmöglichen liegt, **nur dann nachkommen können, wenn alle die Voraussetzungen erfüllt werden, die der Sachverständigenbericht und der gesunde Menschenverstand fordern.** Deutschland kann und wird gewiß nicht leichtfertig den Sachverständigenbericht ablehnen, es kann aber auch nicht Verpflichtungen zustimmen, wenn schon jetzt die Gewißheit besteht, daß sie doch nicht erfüllt werden können. Es wird also nicht nur von dem so viel besprochenen guten Willen des deutschen Volkes, sondern ebensosehr von dem guten Willen unserer früheren Gegner, vor allem Frankreichs, abhängen, ob auf der Grundlage des Sachverständigenberichts das Reparationsproblem einer Lösung zugeführt werden kann.

Unter diesem Gesichtswinkel werden wohl auch die **bürgerlichen Mittelparteien**, die heute mit den **Deutschnationalen** über die Bildung der Regierung verhandeln, die Dinge betrachten. Da die Deutschnationalen gegen die Hinzuziehung der **Deutschdemokraten** zu den Verhandlungen nichts mehr einzuwenden hatten, haben die Koalitionsparteien keinen Anlaß mehr gehabt, die Einladung der Deutschnationalen abzulehnen. Man wird nun abzuwarten haben, was bei den gemeinsamen Besprechungen herauskommt.

Von vornherein besteht ja die Gefahr, **daß** es den Deutschnationalen gelingt, bei diesen Besprechungen die geschlossene Front der Koalitionsparteien in der Weise zu lockern, daß sie die Deutsche Volkspartei als die an sich gegebene Vermittlerin doch mehr auf die Seite der Deutschnationalen ziehen. Gewiß haben sich die bisherigen Koalitionsparteien auf ein außenpolitisches Programm geeinigt. Dieses Programm ist aber von der Deutschen Volkspartei entworfen worden und soll sich in recht allgemein gehaltenen Wendungen bewegen.

Die Situation ist zweifellos für Deutschland von kritischem Ernst. Wenn **deutschnationale Blätter** ihren Lesern einreden, daß man in den Staaten der Entente eine rechtsgerichtete Reichsregierung nur begrüßen werde, so ist das eine Politik, die wir als verantwortungslos bezeichnen müssen. Denn die Deutschnationalen wissen selber ganz genau — und die Lektüre der Auslandspresse bestätigt es jeden Tag —, daß die außenpolitische Lage für Deutschland höchst bedenklich, wenn nicht geradezu **katastrophal würde, falls bei uns die Regierung von der Politik abhängig würde, die die Deutschnationalen bisher im Wahlkampf vertreten haben.** Etwas anderes ist es natürlich, wenn es gelingt, die bürgerlichen Mittelparteien zusammen mit den Deutschnationalen **auf einer mittleren Linie zu vereinigen**, die im großen und ganzen der bisherigen Regierungspolitik entspricht. Dann wird sich das Ausland allein an der Tatsache, daß die Deutschnationalen an der Last der Verantwortung mittragen, gewiß nicht stoßen. Im Gegenteil! Jeder verständige Mensch im Ausland wie im Inland wird zugeben müssen, daß es verheißungsvoll und gut wäre, wenn eine auf der Grundlage des Sachverständigenberichts aufgebaute Politik von einer **so starken Mehrheit** unterstützt würde, wie sie herauskommen muß, wenn die Deutschnationalen sich mit den Mittelparteien einigen, da ja die Zustimmung der Sozialdemokraten zu einer solchen Politik als sicher gelten kann.

Weiteres aus dem Staatsvoranschlag 1924/25

Außer den von uns bereits genannten außerordentlichen Ausgaben sind Ausgaben aus dem Gesamtbudget im ordentlichen Etat u. a. noch zu registrieren:

Landtag. Kosten der Wahlen und Volksabstimmungen 30 000 M., Entschädigung der Landtagsabgeordneten 95 000 M., Druckkosten 65 500 M., Gesamtausgabe 287 250 M.

Staatsministerium. 94 700 Mark. Gesandtschaft in Berlin 46 240 M.

Ministerium des Innern. Persönliche Ausgaben 434 600 M., Wirtschaftliche Vertretung der badischen Regierung in Berlin 23 200 M., Landeskommissäre 98 650 M., Verwaltungsgerichtshof 53 150 M., Bezirksverwaltung 1 962 830 M., Polizei 2 768 760 M., Staatszuschuß an die Kreisverbände 1 Mill. M., zur Förderung des Feuerlöschwesens 150 000 M., Veterinärwesen 95 000 M., Fischereiwesen 22 300 M., Viehseuchenentschädigungen auf Wiederersatz 219 000 M., zu Lasten der Staatskasse 84 000 M., Aufwand wegen der Polizeigefälle 74 000 M., sonstigen Aufwand in Verwaltungs- und Polizeisachen 408 100 M., anteiliger Aufwand des badischen Staates für den durch innere Unruhen innerhalb des Landesgebietes verursachten Schäden 7 960 M., insgesamt 8 466 100 M., Gendarmerie 2 054 500 M., Polizeiliches Arbeitshaus 186 400 M., Heil- und Pflegeanstalten 4 154 000 M., LandesHebammen-Lehranstalt 274 100 M. Hier wird die folgende Vorbemerkung vorausgeschickt: Die Landeshebammenlehranstalt verbunden mit einer staatlichen Frauenklinik ist im Ludwig-Wilhelm-Krankenheim in **Karlsruhe** errichtet worden, worüber mit dem Bad. Frauenverein ein Vertrag unter Vorbehalt der Genehmigung durch den Landtag abgeschlossen wurde, nachdem der Landtag zu dieser vorläufigen Regelung in der Sitzung vom 19. Juli 1923 seine Zustimmung erteilt hat. Die Inbetriebnahme ist am 1. Oktober 1923 erfolgt. Die Mittel bis 31. März 1924 sind im Staatsvoranschlag in Goldmark für die Zeit vom 15. November 1923 bis 31. März 1924 unter Titel V A § 17a genehmigt. Badanstalten: Badanstaltenverwaltung Baden-Baden 435 000 M., Badenweiler 58 000 M., Landessolbad Dürrheim 63 000 M., Eichwesen 152 300 M., Gewerbe- und Handel: Landesgewerbeamt 154 000 Mark, Probieranstalt für Edelmetalle in Pforzheim 164 700 M., Landwirtschaft und Ernährung: Staatszuschuß an die Landwirtschaftskammer 40 000 M., Landwirtschaftliche Versuchsanstalt Augustenberg 89 810 M., Landwirtschaftliche Beratung 115 600 M., Landwirtschaftsschule Hochburg 116 070 M., Landwirtschaftsschule Augustenberg 74 320 Mark, Weinbauinstitut Freiburg mit Rebenveredelungsanstalt Durlach 63 710 M., sonstige Förderung der Landwirtschaft 60 400 M., Förderung der Rindvieh- und Pferdezucht 515 880 M., Rindviehversicherung 2 575 520 M., Tierhygienisches Institut in Freiburg 43 570 M., Gesamtkosten für die Landwirtschaft und Ernährung 3 725 800 M., Bearbeitung der Landesstatistik 110 800 M., Fürsorge für Gemeinde- und Körperschaftsbeamte 29 800 M., Gemeinnützige Anstalten: Beitrag zu dem Aufwand der Erziehungs- und Pflegeanstalt für Geistesschwache in Mosbach 4 000 M., zu dem Aufwand der Heil- und Pflegeanstalt für Epileptische in Kork 4 000 M., zu dem Aufwand der St. Josefsanstalt in Herten 4 000 Mark, (die wirtschaftliche Lage der drei Anstalten ist eine derartige, daß es ihnen ohne Staatsbeitrag unmöglich ist, ihren Haushalt in Ordnung zu halten), Staatsbeitrag an den Badischen Frauenverein 21 800 M., (der angeforderte Staatsbeitrag ist zum Ausgleich des zu erwartenden Fehlbetrages notwendig), Beitrag an den Hilfsverein für entlassene Geisteskranke 4 000 M., Beitrag an den Landesverband zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten 3 200 M., (zur Aufrechterhaltung des Rotbe-

triebs der Beratungsstellen, die der Landesverband in vollem Umfange übernommen hat, nach dem die Landesversicherungsanstalt Baden ihre Beteiligung einstellen mußte), Beitrag an den Landesverband zur Bekämpfung der Tuberkulose 6 000 M., Beitrag zu den Kosten der Aufrechterhaltung der Bahnhofsmission 2 000, Staatsbeitrag für den Badischen Verkehrsverband 1 500 M., zusammen 50 500 M.

An **Einnahmen** sind u. a. vorgezeichnet: Ersatz der Gemeinden zu den Kosten für die staatliche Ordnungspolizei 1 406 400 M., Abgabe der Gebäudeversicherungsanstalt und der Feuerversicherungsunternehmungen für gemeinnützige Zwecke 150 000 M., Ersatz der Viehseuchenentschädigungen 219 000 M., Sporteln, Taxen und Strafen, Ersatzbeträge und Abhörgebühren 1 800 000 M., Mieten und Verzinsung des Bauaufwandes für die vom badischen Staat zur Unterbringung der Polizeibereitschaften überlassenen Gebäude 17 200 M., Beitrag des Reiches zu den Kosten der Polizei im Bereitschaftsdienst und sonstige Einnahmen 5 728 720 M., Gendarmerie 35 000 M., Polizeiliches Arbeitshaus 105 400 M., Heil- und Pflegeanstalten 3 536 700 M., Landeshebammen-Lehranstalt 251 500 Mark, Ertrag der Bäder und sonstigen Kuranstalten in Baden-Baden 360 000 M., Ertrag der Bäder in Badenweiler 28 000 M., Verpflegungskostenbeiträge im Landessolbad Dürrheim 62 500 M., Gebühren aus Neu- und Nacheichungen 180 000 M., Gebühren und sonstige Einnahmen der Probieranstalt für Edelmetalle in Pforzheim 5600 M., Landwirtschaftliche Versuchsanstalt Augustenberg 36 350, Landwirtschaftsschule Hochburg 104 570 M., Landwirtschaftsschule Augustenberg 58 271 M., Weinbau 18 850 M., Rindviehversicherung 2 250 000 M.

Die soziale Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge in Baden

II.

Das **Erholungsheim Steinabad** des Badischen Heimatdankes, dessen Betrieb die Hauptfürsorgestelle aufrecht erhalten hat, konnte während der Sommermonate von Mai bis Oktober nicht voll ausgenützt werden. Selbstzahler, die dort Erholung suchten, waren verhältnismäßig wenig vorhanden und die Mittel der Hauptfürsorgestelle erlaubten nicht, so viele Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene durch Beihilfen zu unterstützen, daß Steinabad von diesen hätte besetzt werden können. Auch für das Jahr 1924 konnte die Hauptfürsorgestelle die Finanzierung nicht garantieren. Deshalb hat der Badische Heimatdank das Erholungsheim Steinabad an den Zentralverband der Gemeindebeamten Baden verpachtet. In dem Pachtvertrag ist jedoch ausdrücklich bedingt, daß derselbe Personenkreis, der bisher in Steinabad Aufnahme finden konnte, nunmehr zu den gleichen Bedingungen wie die Gemeindebeamten in sämtlichen Heimen des Zentralverbands der Gemeindebeamten Unterkunft finden kann und zwar zahlenmäßig im Verhältnis zur Bettenzahl von Steinabad.

Das **Erholungsheim Annaberg** der A. E. Tiergärtner-Schenkung in Baden-Baden war im Sommer 1923 ebenfalls schwach besucht. Seitens der Hauptfürsorgestelle konnte nur mit einem Gesamtbetrage von 25 Millionen Papiermark im Unterstützungswege geholfen werden.

Die **Vertretung der Versorgungsberechtigten vor den Versorgungsgerichten**, die früher völlig von den Organisationen der Kriegsopfer ausgeübt wurde, mußte zum Teil, nachdem einzelne Organisationen selbst nicht mehr in der Lage waren, die Vertretung selbst zu übernehmen, von den amtlichen Fürsorgestellen an den Orten, an denen sich Versorgungsgerichte befanden, übernommen werden. Auch diese Fürsorgetätigkeit wurde wegen des Personalabbaues insofern eingeschränkt, als keine selbständigen Abteilungen bei den Fürsorgestellen mehr bestehen. Jedoch bleibt die Möglichkeit der Vertretung solcher Fälle, für die vom fürsorgerischen Standpunkt aus eine Vertretung notwendig erscheint, gewahrt.

Die **Fürsorge für die Kriegsblinden** blieb nach wie vor bei der Hauptfürsorgestelle zentralisiert. In allmonatlich stattfindenden Sitzungen des Unterausschusses für Kriegsblindenfürsorge wurden allgemeine Fragen der Kriegsblindenfürsorge besprochen und geregelt, sowie Unterstützungsgesuche in Einzelfällen verbeschieden. Um den kriegsblinden Handwerkern, die schwer um ihr Dasein ringen müssen und bestrebt sind, sich durch eigene Arbeit ein Einkommen zu verschaffen, zu helfen, wurde an die staatlichen Behörden und an die großen industriellen Unternehmungen mit der Bitte herangetreten, den Bedarf an Korb- und Bürstenwaren möglichst bei kriegsblinden Handwerkern zu decken. Die eingehenden Antworten lassen auf erfreulichen Erfolg dieses Schrittes hoffen.

Nach den Erfahrungen des letzten Berichtsjahrs wurde 1924 davon abgesehen, die **Konfirmanden- und Kommunikanten** mit Stiefeln, Wäsche und Kleidern in Natur zu beliefern. Durch Einsparung von allgemeinen und Sondermitteln konnte dagegen eine Beihilfengewährung zu Ostern in Gestalt von Barbeträgen möglich gemacht werden. Hierdurch waren Abstufungen in weiterem Umfange möglich, als durch Warenzuweisungen. Im ganzen wurde für diese Zwecke die Summe von 32 385 G.-M. ausgeworfen.

Während in der Inflationszeit keinerlei Anträge auf **Kapitalabfindung** gestellt wurden, hat im letzten Viertel des Berichtsjahres infolge der Markstabilisierung der Wunsch, Kapitalabfindung zu erlangen, ganz erheblich zugenommen. Die finanzielle Notlage des Reiches zwingt jedoch auch hier zu Einschränkungen, so daß eine Kapitalabfindung zufolge Verfügung des Reichsarbeitsministers nur dann gewährt werden kann, wenn bei Vorliegen aller übrigen Voraussetzungen in der Ablehnung eine besondere Härte zu erblicken wäre.

Zur Unterstützung von **Altveteranen** wurden auch im Berichtsjahr wiederum vom Reiche Mittel zur Verfügung gestellt, die aber so geringfügig blieben, daß nur kleinere Beihilfen gewährt werden konnten.

Die unsteten Währungsverhältnisse erlaubten der Hauptfürsorgestelle nicht, **Warenbeschaffungen** größeren Stils auszuführen. Dagegen konnten durch Übernahme von Bettwäsche, Betten und Geräten aus aufgelösten Versorgungskrankenhäusern zu verhältnismäßig billigen Preisen in Einzelfällen Sachunterstützungen gewährt werden.

Die Regierungsbildung im Reich

Die Dinge nehmen augenblicklich anscheinend einen Lauf in der Richtung zum **Bürgerblock**. Am heutigen Mittwoch soll eine **Besprechung der Mittelparteien mit den Deutschnationalen** stattfinden, zu der von diesen auch die Demokraten eingeladen worden sind. Nach Blättermeldungen sollen die Verhandlungen der 5 Parteien auf der Grundlage von **Richtlinien für die Außenpolitik** stattfinden, die von der Deutschen Volkspartei ausgegangen sind. Bei Aufstellung dieser Richtlinien ist geflissentlich von jeder ultimativen Form abgesehen worden, die eine bestimmte Bindung für die Deutschnationalen enthalten hätte.

Dienstag abend fand eine **Konferenz der Mittelparteien** statt, an der auch die bayerische Volkspartei teilnahm. Nachdem das Zentrum erklärt hatte, daß es der deutschnationalen Einladung nur unter der Bedingung Folge leisten könne, daß auch die Demokraten hinzugezogen würden, und die Deutschnationalen hiervon verständigt worden waren, ergab sich, daß die Fraktion des Herrn Hergt eine Einladung auch an die Demokraten zusagte. Der eigentliche Zweck der Konferenz der Mittelparteien war die Formulierung des angekündigten außenpolitischen Programms, das man zur Grundlage von Verhandlungen über die Regierungsbildung machen will. Zur Aufstellung eines solchen Programms kam es jedoch **nicht**, da die Deutsche Volkspartei erklären ließ, daß es nach ihrer Auffassung keinen Zweck habe, mit gebundener Marschroute den Deutschnationalen gegenüberzutreten. Die Volkspartei hat jedoch die obenerwähnten Richtlinien festgestellt.

*

Der **Reichstag** wird voraussichtlich am **Dienstag, 27. Mai** zusammentreten. Bei den am Dienstag abgehaltenen Fraktionssitzungen wurde die Konstituierung der Fraktionen zurückgestellt. Die Kommunisten planen anscheinend, die erste Sitzung des neuen Reichstages durch ausgiebige Skandalszenen zu stören. Ein Rundschreiben der kommunistischen Zentrale an ihre Vertrauensleute, das der „Vorwärts" jetzt mitteilt, läßt erkennen, daß die erste Aktion der Kommunisten unter der Parole: „Freilassung der politischen Gefangenen" arrangiert werden soll.

Der neugewählte württembergische Landtag

nahm Dienstag Nachmittag die Wahl seines **Präsidiums** vor. An der Abstimmung beteiligten sich von 80 Abgeordneten 74. Zum Präsidenten wurde mit 50 Stimmen der Bauernbundabgeordnete Theodor **Körner** gewählt, der die Wahl annahm. Zum 1. Vizepräsidenten wurde der Zentrumsabgeordnete **Andre** mit 61 Stimmen, zum 2. Vizepräsidenten der Sozialdemokrat **Pflüger** mit 57 Stimmen gewählt. Auch sie nahmen die Wahl an.

Herriot zur Kabinettsbildung bereit

WTB. **Paris**, 21. Mai. Der Abgeordnete **Herriot** wird nach dem „Petit Parisien" heute in Paris erwartet, um der Konferenz der radikalen Partei beizuwohnen. Nach glaubwürdigen Informationen wird Herriot selbst, wenn die Sozialisten dabei bleiben, nicht in die Regierung einzutreten, **bereit sein das Kabinett am 1. Juni zu bilden.** Er gedenke selbst die Nachfolge Poincarés als Minister-Präsident und Minister des Äußern zu übernehmen. Seine Mitarbeiter sollen schon bestimmt sein, abgesehen vom Finanzministerium das einem Senator übergeben werden solle.

Der Abgeordnete **Bencourt**, der der gemäßigten Richtung unter den **Sozialisten angehört**, hat einem Vertreter des „Petit Parisien" eine Unterredung gewährt und unter anderem erklärt: Nach seiner Ansicht müßten die **Sozialisten diejenige Verantwortung übernehmen**, die ihnen zufalle. Er werde verzweifelte Anstrengungen machen, um die Partei zu einem dahingehenden Beschluß zu bewegen. **Abgesehen** von der Teilnahme an der Regierung, wäre es jedoch für seine Partei möglich, bei der Bildung einer linken Mehrheit **mitzuwirken** und selbstverständlich werde er, falls die Teilnahme an der Regierung abgelehnt werde, sich auf die **zweite Position** zurückziehen und mit aller Kraft daran festhalten. Auf alle Fälle werde er Herriot, falls er ihn um seine Ansicht frage, den Rat geben, eine Linksregierung zu bilden. Als dringendste Maßnahme nach der Bildung der neuen Regierung betrachte er u. a. die Amnestie, sofortige Inangriffnahme des **Militärgesetzes**, durch das die Dienstzeit erheblich herabgesetzt werde. In außenpolitischer Hinsicht erscheine ihm als das wichtigste, daß sofort mit dem englischen Premier **Macdonald** verhandelt werde. Im Einvernehmen mit England und Belgien habe dann die französische Regierung dem **Völkerbund ihr Vertrauen zu bekunden**, und zu zeigen, daß sie von ihm wahre Sicherheitsgarantien erwarte, für die die Besetzung von Gebieten durch die bewaffnete Macht nur einen provisorischen Ersatz bieten könne.

*

WTB. **Paris**, 21. Mai. Der „Matin" glaubt zu wissen, daß das **Sinken des Franken** (das englische Pfund notierte gestern nachbörslich 82,50 und der Dollar 18,85 Fr.) der Gegenstand der Beratungen gewesen sei, die Präs. **Millerand** mit **Poincaré** gehabt hat. Es sei anzunehmen, daß Poincaré dem Präsidenten der Republik den Rat gegeben hat, die Vertreter der **politischen Parteien** zu befragen, denen in zehn Tagen die Bildung des neuen Kabinetts übertragen werden sollte. Es würden deshalb die Abgeordneten **Herriot** und **Painlevé** zu dem Präsidenten der Republik schon heute berufen werden. Dadurch werde nichtoffiziell **die Ministerkrise** eröffnet, da dieses Ereignis vor dem 1. Juni eintreten werde. Heute Vormittag werde unter dem Vorsitz **Poincarés** ein Kabinettsrat zusammentreten, in dem er die Minister über die Neugestaltung der politischen Lage unterrichten werde, und am Donnerstag werde ein Ministerrat im **Elysée** stattfinden.

Politische Neuigkeiten

Die neue Goldnotenbank

Im Reichsfinanzministerium ist man der „Industrie- und Handelszeitung" zufolge zurzeit eifrig mit der Bearbeitung der **Gesetze** beschäftigt, die eine **Neuordnung des Währungs- und Notenbankwesens** in Deutschland bezwecken. Es steht zu erwarten, daß die einzelnen, unter sich naturgemäß in einem gewissen Zusammenhange stehenden Entwürfe schon sehr bald dem Kabinett vorgelegt werden. Es liegen nun, wie es heißt, **drei Gesetzentwürfe** vor, von denen sich zwei mit der Umgestaltung des Notenbankwesens und einer mit der des Münzwesens beschäftigen. Die Noten der Reichsbank werden der neuen Währung durchaus parallel laufen. Die jetzigen Silber- und Kupfermünzen bleiben auch weiter bestehen, und zwar als Scheidemünzen. Die Mark neuer Währung soll in ihrem Feingehalt genau derjenigen der alten Währung entsprechen. Die jetzige Rentenmark bleibt in ihrem Wert vollständig erhalten. Daß eine durchgreifende Sanierung unseres Währungswesens für unsere gesamte Wirtschaft, für den in- und ausländischen Handel, als ein gewichtiger Faktor zur Wiederherstellung des Vertrauens des Auslandes in unsere Leistungsfähigkeit dringend notwendig ist, bedarf keiner Erörterung. Hoffentlich gelingt es, hier den rechten Weg zu finden.

Zum Ausgang der Volksbefragung in Hannover

kündigt die „Hannoversche Landeszeitung", das Organ der Deutsch-Hannoveraner ein **Protest** an, da die preußische und Reichsregierung amtliche Beeinflußung getrieben hätten, die alles hinter sich gelassen habe, was im schlimmsten Falle hätte befürchtet werden müssen".

*

Fast alle Münchener Blätter üben eine mehr oder minder heftige Kritik an dem Briefwechsel des bayerischen Ministers **Schweyer** mit der Deutsch-Hannoverschen Partei. Die völkischen Blätter sprechen von einer Entgleisung, die sich der Minister Schweyer habe zu Schulden kommen lassen. Der „Völkische Kurier" drückt die Hoffnung aus, die preußische Regierung werde Schweyer „kräftig auf die Finger klopfen". Die „München-Augsburger Abendzeitung" schreibt: die Leistung des bayerischen Innenministers habe bewiesen, daß dieser Mann an einer so wichtigen Stelle des bayerischen Staates nicht mehr länger möglich sei. Das Blatt fragt, ob es richtig sei, daß die bayerische Volkspartei im Reichstage mit den Welfen in eine Fraktionsgemeinschaft einzugehen beabsichtige, weil nur solche Parteien anerkannt werden, die mindestens 20 Sitze haben.

Im **preußischen Landtag** gedachte Präsident **Leinert** unter dem Beifall des Hauses des Ergebnisses der Vorabstimmung in Hannover und führte aus: Damit ist in den ersten Anfängen eine Bewegung zum Stillstand gekommen, aus der dem deutschen Volke unabsehbare Schwierigkeiten entstehen konnten, ja aus der der Bestand des deutschen Reiches überhaupt in Frage gestellt werden konnte. Mit Bedauern müssen wir feststellen, daß der bayerischen Innenminister diese Sabotagebestrebungen in Hannover unterstützte (Hört! Hört!). Welche Entrüstung würde in Bayern sich erheben, wenn preußische Minister Aktionen gegen Bayern unterstützten.

Die Finanzlage der Reichspost

Unter dem Vorsitz des Reichspostministers Dr. Höfle hat in Berlin eine **Zusammenkunft der Postpräsidenten** stattgefunden, in der wichtige aus dem Postfinanzgesetz sich ergebende Fragen des Betriebes beraten wurden. Wenn auch die **Finanzlage der Post** sich in letzter Zeit etwas gebessert hat, so reichen die Mittel noch nicht aus, um allen berechtigten Wünschen von Handel und Wirtschaft schon jetzt zu entsprechen. Nur die anhaltende Besserung der Gesamtlage kann schrittweise eine Milderung der Abbaumaßnahmen, namentlich der Zustellverhältnisse vorgenommen werden.

Die Plätze im Reichstag

In einer Besprechung des Reichstagspräsidenten Löbe mit den Führern sämtlicher Parteien wurde, wie aus **Berlin** gemeldet wird, folgende **Reihenfolge für die Sitze der einzelnen Parteien** von rechts nach links im Reichstage vereinbart: 1. Gruppe: Deutschnationale, 2. Gruppe: Nationalsozialistische Freiheitspartei, 3. Gruppe: Deutsche Volkspartei, 4. Gruppe: Bayerische Volkspartei, hinter diesen liegen die vier Sitze der Deutsch-Sozialen unter Führung des Abgeordneten Kung. Weiter nach links schließen sich an als 5. Gruppe: Der Wirtschaftsbund, eine Fraktion, die sich aus drei Bayer. Bauernbündlern, 5 Welfen und 7 Mittelständlern unter Führung von Prof. Bredt gebildet hat, als 6. Gruppe: Zentrum, als 7. Gruppe: Demokraten, als 8. Gruppe: Sozialdemokraten und als 9. Gruppe die Kommunisten. Die Frage, wieviel Vizepräsidenten (bisher 4) gewählt werden sollen, ist noch nicht entschieden worden.

Völkische und Deutschnationale

Das „Deutsche Tagblatt", das offizielle Organ der Nationalistischen Freiheitspartei, macht den Deutschnationalen zum Vorwurf, daß sie sich stets nach der „schönen alten Zeit" zurücksehnen, in denen es den oberen Zehntausenden gut ging, während die andern Volksgenossen ein armseliges Leben führten. Das genannte Organ setzt den Unterschied zwischen Völkisch und National wie folgt auseinander:

„Die Nationalen kämpfen um eine Form, wie wir um einen neuen Inhalt des deutschen Lebens. Deshalb sehnt sich die Mehrzahl der Nationalen nach den **Verhältnissen der Vorkriegszeit** zurück. Sie möchten wieder einen Kaiser, ein starkes Heer, einen starken Staat, ein mächtiges Deutschland, materiellen Wohlstand und **Vorzugs-Bürgerrechte für die oberen Zehntausend** haben. Sie haben heute noch nicht begriffen, warum wir Völkischen so unzufrieden mit den Vorkriegs-Verhältnissen gewesen sind, Es war doch alles so schön im Lotel Reichtung und Sicherheit ringsum! Es wäre doch schön, wenn es wieder so käme! Die Nationalen haben damals nur die glänzende äußere Form des staatlichen und kulturellen Lebens gesehen. Sie haben aber nicht gesehen, daß der Inhalt dieses Lebens armselig, traurig und kernfaul war. Sie haben nicht gesehen, welches ungeheure Unheil infolge der Volkszerklüftung heraufzog. Sie haben nicht gehört, wie es in den Arbeitermassen grollte, weil die deutsche Seele in diesem Volksgenossen darbte und unter der Vereinsamung litt. Es ist kein Wunder, wenn sich bei den Arbeitern eine starke Abneigung gegen den Begriff „national" herausgebildet hatte; sie fühlten mit gesundem Instinkt den **Hochmut** und die **Verblendung** in diesen Kreisen, sie erkannten das **unechte Theater**, das dort gespielt wurde. National war ein Gegensatz zu sozial geworden — es war **Klassendünkel** — es liefert den Anreiz zum Klassenkampf. — Der Nationalismus hat während der letzten 50 Jahre bewiesen, daß er die soziale Frage nicht lösen und den Marxismus nicht besiegen kann. Deshalb hat er keine Zukunft mehr."

Man kann daraus einen Schluß ziehen auf die künftige „Zusammenarbeit" der beiden Verbündeten im Reichstag.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Kurze Nachrichten

Die Regierungsbildung in Bayern. Die „München-Augsburger Abendzeitung" meldet: Auf Grund offenbar gutunterrichteter Informationen wird uns mitgeteilt, daß die Bayerische Volkspartei den Justizrat Dr. **Pfleger-Weiden** als Ministerpräsidenten in Aussicht genommen habe. Dr. Pfleger hat nach einer Vorstandssitzung der Bayerischen Volkspartei am Samstag Abend die Richtlinien der künftigen Politik der Partei dargelegt.

Zur Einstellung des Verfahrens gegen Kahr, Lossow und Seißer schreibt der Staatsanwalt des Landgerichts München, daß nach abermaliger Prüfung des Verhaltens der Genannten **nicht erwiesen** sei, daß sie am 8. November den ernsten Vorsatz hatten, bei dem hochverräterischen Unternehmen Hitlers mitzutun und daß sie sich somit des Verbrechens des Hochverrats oder der Beihilfe schuldig gemacht hätten. Auch sei nicht erwiesen, daß ihr **Verhalten vor dem 8. November** den Tatbestand einer strafrechtlichen Handlung erfüllt habe.

Tirpitz für die bayerischen Belange. Die „München-Augsburger Abendzeitung" veröffentlicht ein Telegramm des Großadmirals **v. Tirpitz**, worin dieser dem Gerücht entgegentritt, daß er auf die Vertretung des Wahlkreises Oberbayern-Schwaben zugunsten des Professors Schuler verzichten wolle. v. Tirpitz erklärte, er werde in jedem Falle die **bayerischen Belange** im Rahmen des Reichsinteresses und Gesamtdeutschlands vertreten.

Der Führer der nationalliberalen Vereinigung Dr. Maretzki ist den Blättern zufolge der deutschnationalen Volkspartei beigetreten.

Hessisches Verbot der Schlageterfeier. Eine für Sonntag vormittag auf dem Sportplatz der Technischen Hochschule in **Darmstadt** geplante **Schlageter-Feier** ist in der beabsichtigten Form vom hessischen Staatsministerium verboten und nur unter der Bedingung gestattet worden, daß sie in geschlossenen Räumen stattfindet.

Bevorstehende Fahrt des „Z III" nach Amerika. Wie aus **Neuyork** gemeldet wird, reist der Vizepräsident der Good Year-Zeppelin-Corporation, Lehmann, nach Friedrichshafen, um an den letzten Vorbereitungen zum Abflug des „Z III" teilzunehmen. Die Deutschen tragen das Risiko bis zur Übergabe in **Lakehurst**.

Die Bauarbeiteraussperrung in Bayern. Der seit einigen Wochen andauernde Wirtschaftskampf im bayerischen Baugewerbe wird immer umfassender. Die Aussperrung ist in ganz Bayern durchgeführt. Mehrere Zehntausende von Arbeitern in etwa 1700 organisierten und nichtorganisierten Unternehmen sind davon betroffen. Eine Aussicht auf baldige Beilegung der Streitigkeiten besteht kaum.

Der Hamburger Werftarbeiterstreik ist beendet, nachdem sich die Arbeiter nicht mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit für die Fortführung des Streiks ausgesprochen haben. Die Arbeit soll heute früh überall wieder aufgenommen werden. Das gleiche Ergebnis hatten auch die Abstimmungen in Lübeck und Bremen.

Sir Edward Goschen †. Der frühere englische Botschafter in Berlin Sir Edward Goschen ist gestorben.

Die russisch-japanischen Verhandlungen sind, wie „Havas" aus Tokio melde, in ein praktisches Stadium eingetreten. Die Unterhändler haben die notwendigen Vollmachten erhalten, einen Vertrag zu entwerfen, vorausgesetzt, daß sie über die Frage der Anerkennung der Sowjetrepublik eine Einigung erzielen.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Parlamentarischer Hochbetrieb

hat jetzt im Landtag eingesetzt. Am Dienstag morgen traten sämtliche Fraktionen zur Vorberatung des bekanntlich dem Haushaltsausschuß vorliegenden Staatsvoranschlags für 1924/25 zusammen. Am Nachmittag begannen sowohl **Haushaltsausschuß** wie **Rechtspflegeausschuß** mit den Kommissionsberatungen. Zunächst wurde der Voranschlag des Ministeriums des Innern vom Haushaltsausschuß in Angriff genommen, während der Rechtspflegeausschuß nach einigen kleineren Vorlagen nochmals des längeren das Wassergesetz zur Beratung und endgültigen Beschlußfassung stellte.

In den nächsten Wochen sind die **Kommissionen** reichlich mit Arbeit versehen; dementsprechend müssen auch öfters **Plenarsitzungen** stattfinden. Will der Landtag bis Mitte oder Ende Juli seine Arbeiten erledigen, dann müssen die ihm obliegenden parlamentarischen Aufgaben zum raschen Fortschreiten gebracht werden, da das badische Parlament durch die einwöchige Pause vor den Reichstagswahlen einen Teil seiner sonst ihm zur Verfügung stehenden Tagungszeit verloren hat. In jedem Fall wird versucht werden müssen, die Dauer der gegenwärtigen Landtagssession soviel wie möglich einzuschränken, entsprechend den Voraussetzungen des Ermächtigungsgesetzes, wodurch im Januar und Februar ds. Js. die Parlamente in Deutschland nicht versammelt waren. Auch der badische Landtag trat erst Mitte März wieder zusammen.

Kommunistische Berichterstattung

Die Mannheimer kommunistische „Arbeiterzeitung" scheint nicht aufhören zu wollen, mit nahezu täglich neuen Leistungen die „Objektivität" ihrer Berichterstattung zu beweisen. So oft sie auch immer wieder beteuert, für ihre „Wahrnehmungen Wort für Wort den Wahrheitsbeweis führen zu können", ebenso oft muß sie sich gefallen lassen, daß eine objektive Nachprüfung ihrer „Feststellungen" zu ganz anderen Resultaten kommt. So auch in folgenden Fällen:

In ihrer Nr. 39 berichtet die Arbeiterzeitung von der Verhaftung einer im Verdacht der Kuppelei stehenden Frau in Mannheim. Der 23jährige Sohn derselben habe gegen die Verhaftung Einspruch erhoben und sei daraufhin von einem rasch herbeigeeilten Polizeiaufgebot gepackt, geschlagen, an Händen mit Ketten gefesselt und abgeführt worden. Die Arbeiterzeitung sieht darin ohne weitere Prüfung einen Übergriff. Daß der junge Mann sich der auf Veranlassung des Staatsanwalts einschreitenden Polizei widersetzte und daraufhin erst unter Anwendung von einigen Schlägen und der Schließkette verhaftet werden konnte, davon will die Arbeiterzeitung nichts wissen. Der junge Mann wurde übrigens, als er erklärte, widerstandslos zur Kriminalpolizei mitgehen zu wollen, sofort von der Schließkette freigelassen.

Eine zweite Beschwerde der Arbeiterzeitung (Nr. 49) über einen anderen angeblichen Übergriff der Mannheimer Polizei entbehrt ebenso jeder Sachlichkeit. Bei der Auflösung einer Ansammlung von streikenden Anilinarbeitern soll ein Polizeiwachtmeister vom Rad herab „mit dem Gummiknüppel einen kleinen Jungen zu Boden geschlagen haben, daß dieser sich am Kopfe verletzte und nicht imstande war, allein nach Hause zu gehen." Eine genaue Prüfung des Falles ergab folgendes: Beim Zerstreuen der Ansammlung taten sich halbreife Burschen von 16 bis 18 Jahren durch beleidigende Zurufe gegen die Polizei („Bluthunde" u. a.) hervor. Um einen der Hauptschreier festzunehmen, fuhr ein Wachtmeister einer Gruppe davoneilende Burschen nach. Als er sie einholte, nahmen sie gegen ihn eine drohende Haltung ein, worauf der Wachtmeister vom Gummiknüppel Gebrauch machte. Verletzt oder zu Boden geschlagen wurde dabei niemand, vielmehr ergriffen die Burschen alsbald die Flucht. „Kleine Jungen" wurden übrigens bei dem Vorfall nicht bemerkt.

Um nicht hinter diesen Leistungen zurückzubleiben, brachte das oberbadische Kommunistenorgan, die in Schaffhausen erscheinende „Arbeiterzeitung", dieser Tage aus Anlaß eines Berichtes über eine ordnungsgemäß und auf Weisung des Oberstaatsanwalts vorgenommene Haussuchung bei dem Führer der Kommunisten in Stockach, Mitteilungen über Schießereien rechtsradikaler Elemente. Diese Andeutungen könnten auf harmlose Gemüter den Eindruck gemacht haben, als ob man in der Stockacher Gegend organisierten rechtsradikalen Umsturzversuchen gegenüberstünde. In Wirklichkeit lagen die Dinge so, daß einige in Ferien weilende Studenten bei einem Ausflug mit dem ihnen bekannten Sohn eines privaten Forstmeisters zusammentrafen, der eben auf einem Schießstand eine Büchse einschoß, und dabei auch ein paar Schüsse abgaben. Vielleicht haben aber auch Böllerschüsse, die in der Nähe von Stockach zur Einschießung des Stiftungsfestes eines Ferienstammtisches abgeschossen wurden, Anlaß zu den Mutmaßungen des Kommunistenblattes gegeben. —

Man sieht, bei objektiver Darstellung der angeführten Fälle bietet sich keinerlei Grund, irgendwie von Übergriffen der Polizei oder, wie im letzterwähnten Fall, davon zu sprechen, daß man zwar gegen die Kommunisten mit aller Schärfe vorgehe, rechtsradikale Elemente dagegen ruhig gewähren lasse. Allerdings gesteht ja auch die Mannheimer Arbeiterzeitung in ihrer Nr. 49 selbst, daß sie ihre „Wahrnehmungen in der Form, die sie für gut befinde, der Öffentlichkei mitteile." Was durchaus zutrifft, aber auch nach obigen Proben Grund genug sein dürfte, derartige Wahrnehmungen entsprechend zu würdigen.

Förderung der badischen Pferdezucht

In **Rastatt** fand die **Gründung** einer **gemeinnützigen Gesellschaft** statt mit dem Zweck, die badische Pferdezucht im Sinne der Bestrebungen des **Landesverbandes für Zucht und Prüfung des badischen Pferdes,** Sitz Freiburg i. Br., mit ausreichenden Mitteln zu fördern. Den Vorsitz in der Verwaltung übernimmt der Präsident des Landesverbandes, derzeit Freiherr von **Holzing.** Es wurde ein so bedeutender Betrag gezeichnet, daß Maßnahmen eingeleitet werden können, die schon lange der Wunsch der Züchter und die in anderen deutschen Ländern schon durchgeführt sind. Es ist ein erfreulicher Beweis von Opfersinn, daß in jetziger schwieriger Zeit Persönlichkeiten aus verschiedenen Lebens- und Berufsstellungen, aus Industrie, Beamtentum, Pferdezucht und Landbesitz sich zusammengeschlossen haben um für ein volkswirtschaftliches Ziel Mittel und Arbeit selbstlos einzusetzen. Die Gesellschafter haben statutengemäß auf jeden persönlichen Gewinn verzichtet. — Auskunft erteilt der Landesverband für Zucht und Prüfung des badischen Pferdes in Freiburg i. Br. (Thurnfeestraße 5.)

Tagung „Badische Heimat"

Die diesjährige Landesversammlung des Vereins Badische Heimat nahm am Samstag in **Lörrach** ihren Anfang mit einer Sitzung des Landesausschusses im Gasthaus zur Krone, nachdem im Laufe des Tages bereits eine große Anzahl auswärtiger Gäste, auch aus dem Unterland und besonders aus dem Markgräflerland und dem Wiesental, eingetroffen waren. Das schöne Wetter hat auf die Beteiligung an der Tagung günstig eingewirkt, und zurzeit bieten die Straßen Lörrachs ein bewegtes Bild heimatlichen Charakters. Die Zeitungen hatten aus Anlaß der Tagung Festnummern herausgegeben.

Die Sitzung des **Landesausschusses** war nicht öffentlich und befaßte sich mit internen Vereinsfragen. Den äußeren Höhepunkt der Veranstaltung bildete die von der Ortsgruppe Lörrach arrangierte **Heimatfeier** am Abend im Stadttheater, die ein reichhaltiges und ausgewähltes Programm aufwies, dessen Abwicklung mehr als 2½ Stunden in Anspruch nahm. Den Hauptteil der Darbietungen bildete die von dem bekannten Dichter **Hermann Burte** eigens für diese Heimatfeier geschaffene Szenenstimmung „Hebel heute". Überhaupt stand die ganze Feier im Zeichen der **Hebel-Verehrung.** Burte selbst hielt einen Vortrag über „Markgräfler Dichter seit Hebel". Wie bei solchen Anlässen üblich, war die Feier von musikalischen und gesanglichen Darbietungen umrahmt. Der Saal des Markgräfler Hof war dicht besetzt, und die Vertreter der städtischen Behörden und sonstige prominente Persönlichkeiten der Stadt nahmen an der Feier teil. Heimatliebe und Heimattreue fand bei allen Besuchern neue Anregung. An die Heimatfeier schloß sich eine gesellige Unterhaltung im Hebelhof an.

Der Landesverband badischer Friseurmeister

Der Landesverband badischer Friseurmeister und die **Süddeutsche Arbeitsgemeinschaft im Friseurgewerbe** hielten in Karlsruhe ihre gutbesuchten Tagungen ab. Eingehend wurden die Wirtschafts- und Standesfragen erörtert und Entschließungen angenommen, welche die Beseitigung der Preisprüfungsstellen und steuerliche Erleichterung für das notleidende Handwerk fordern. Man stellte fest, daß von einem Abbau der Bedienungspreise keine Rede sein könne, und befaßte sich weiterhin auch mit der Förderung der fachlichen Ausbildung. Zum nächstjährigen Tagungsort wurde von beiden Organisationen **Mannheim** gewählt. Gleichzeitig feierte die Friseur- und Perückenmacher-Zwangsinnung Karlsruhe ihr 25jähriges Bestehen durch ein auserlesenes Festprogramm, verbunden mit Friseuren-Modeschau und Bewertungsfrisieren. Über die Ausstellung haben wir bereits berichtet.

Die Versammlung des bad. Winzerverbandes

fand **am letzten** Sonntag nachmittags 2 Uhr in der mit Blumen geschmückten städtischen Kornhalle in **Gengenbach** statt.

Der Vorsitzende, Freiherr **von Gleichenstein,** eröffnete die Versammlung. Oberamtmann Dr. **Engler** sprach die Zusicherung aus, daß es sein Bestreben sein werde, jederzeit der Förderung des Winzerverbandes seine Aufmerksamkeit zu schenken u. dessen Wünschen nach Möglichkeit gerecht zu werden. Bürgermeister **Max** begrüßte die Anwesenden im Namen der Stadtgemeinde und wünschte ihnen guten Erfolg. Den Bericht über die Tätigkeit des Verbandes im Jahre 1923 erstattete Dr. **Engenhäuser** und führte aus, der Zweck des Winzerverbands sei, die Interessen der Winzer zu vertreten und die Notlage der Rebbauern zu lindern. Ferner empfahl der Redner die Errichtung einer Weinbörse, an der auch der kleine Rebbauer seine Produkte ausstellen könne, und nicht nur der große. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen berichtete Dr. Engenhäuser, daß der Winzerverband zurzeit **17 Weinbauvereinigungen** in sich vereine. Das Thema, über welches Dr. **Kerb** sprach, waren die zollpolitischen Forderungen des deutschen Winzerverbandes. Eingangs seiner Rede schilderte er die Notlage der Rebbauern und sagte, daß er als Reichstagsabgeordneter für das Gedeihen der Winzerverbände eintreten werde. Er führte noch drei Punkte aus, deren Lösung unbedingt erforderlich sei und zwar Lösung des Währungsproblems, Steuererleichterung für Weinbauern und Landwirtschaft und Gewährung von Krediten. Der zweite Vorsitzende des Winzerverbandes, **Renner** aus Fesenbach, trat für die Rechte der Kleinbrenner ein, verlangte eine mäßige Besteuerung, sowie eine uneingeschränkt ausreichende Brennzeit. Der Landtagsabgeordnete **Seubert versprach** im Landtag die Interessen der Kleinbrenner zu vertreten und verlas den Antrag, den er im Landtag einbrachte, mit der Bitte, ihn an die Reichsregierung weiterzuleiten. Er richtete an den Reichstagsabgeordneten Kerb die Bitte, den Antrag im Reichstag mit besten Kräften zu unterstützen. Es sprachen ferner noch Herr **Schäffner** aus Fesenbach über Weinversteigerungen und Prämiierungen und Herr **Fabul** über Winzergenossenschaftsfragen und Verbandssatzungen. Nach stattgehabter Diskussion schloß der Vorsitzende die Tagung und lud die Anwesenden zur Weinprobe im Hotel Adler ein.

Aus den Parteien

In der Verteilung der Mandate innerhalb der deutschnationalen Reichstagsfraktion sind einige Änderungen eingetreten. Da Staatsminister Dr. **Wallraff** aus besonderen Gründen das Mandat in Köln und **nicht,** wie zuerst beabsichtigt in Baden, übernimmt, tritt anstelle des Landwirts Schwecht der Mannheimer Landgerichtsdirektor Dr. Alfred **Hanemann** in den Reichstag ein.

Der vom Badischen Landbund gewählte Abg. **Julier**-Mingolsheim tritt als Hospitant der Deutschnationalen Volkspartei bei.

Kommunale Rundschau

Erholungsfürsorge der Kinder. Die Erholungsfürsorge für Kinder hat in **Baden** in den letzten Jahren gute Fortschritte gemacht und zwar beschränkte sich diese Fürsorge zunächst auf die erholungsbedürftigen Kinder der Großstädte. Der Kreis Heidelberg ist nun in vorbildlicher Weise dazu übergegangen, auch den Kindern der kleinen Industrieorte eine Erholungsfürsorge angedeihen zu lassen. Auf Grund ärztlicher Untersuchung hat sich ergeben, daß der Gesundheitszustand der Kinder in den Industrieorten des Kreises Heidelberg keineswegs günstiger als in den Städten, im Gegenteil, die Untersuchungsergebnisse sind zum Teil noch ungünstiger, die Ernährungsverhältnisse zum Teil noch schlechter als in den Städten. Da in den anderen badischen Kreisen die Verhältnisse wohl die gleichen sein werden, wäre es wünschenswert, wenn die anderen badischen Kreise dem Beispiele Heidelbergs folgen würden.

Der Bürgerausschuß in Pforzheim wird sich in seiner nächsten Sitzung mit verschiedenen Geländekäufen zu befassen haben. Die Mittel in Höhe von 100 000 Goldmark sollen auf dem Anleihewege beschafft werden.

Förderung des Wohnungsbaues in Kehl. Unter den Vorlagen der nächsten Bürgerausschußsitzung in Kehl befindet sich auch ein Antrag des Gemeinderats auf Bereitstellung von 100 000 Mark zur Förderung des Kleinwohnungsbaues. Hiervon soll privaten Bauherrn ein Darlehen im Betrage von 5000 bis 5500 Mark pro Dreizimmerwohnung zum Zinsfuß von 5 Prozent bewilligt werden. Ferner stellt die Gemeinde Baugelände von 270 bis 300 Quadratmeter für jede Wohnung zu verbilligten Preisen gegen eine Anzahlung von 10 Prozent zur Verfügung. Der Restbetrag ist mit 5 Prozent zu verzinsen. Für die Gewährung solcher Baudarlehen kommen nur Personen in Betracht, die bereits eine Wohnung haben oder in der Wohnungsliste stehen. Ferner Bauherrn, die für solche Personen bauen wollen.

Kreisrat Lörrach. In seiner letzten Sitzung in Anwesenheit des Landeskommissärs Dr. **Schneider** nahm der Kreisrat davon Kenntnis, daß die Kreispflegeanstalt Wiechs zu Zeit mit 93 Männern und 68 Frauen belegt ist und somit seit Januar eine Zunahme von 40 Pfleglingen zu verzeichnen hat. Der Pflegesatz beträgt für den Kreis und die Gemeinden 80 Pfg. pro Tag und für Angehörige fremder Kreise und Selbstbezahler 1.10 M. täglich. Bezüglich der Kreiswinterschule Müllheim wurde die Anstellung einer weiteren Lehrkraft genehmigt und die Einführung eines zweiten Lehrkurses beschlossen. Dasselbe gilt auch für die Winterschule Schopfheim, vorausgesetzt, daß sich die erforderliche Anzahl Schüler zum Lehrkurs meldet. Außerdem genehmigte der Kreisrat auf ein Ersuchen des Caritasverbandes der Erzdiözese Freiburg um einen Beitrag zur Wiederherstellung der Jugendherberge Jägermatt mit Rücksicht auf das große Bedürfnis einer Jugendherberge auf dem Feldberg 1000 M.

Kommunales aus Überlingen. Den dem Bürgerausschuß Überlingen zugegang. Vorlagen waren auch die Voranschläge für 1923/24 u. 1924/25 beigegeben. Nach dem Voranschlag für 1923/24 betragen die Ausgaben 316 052 Mark, die Einnahmen 262 882 Mark. Der durch die Umlage zu deckende Aufwand beträgt demnach 53 170 Mark. Vom gewerblichen und landwirtschaftlichen Betriebsvermögen sollen 3 Pfennig, von Gebäuden 2 Pfennig, von Grundstücken 4 Pfennig und von klassifizierten Grundstücken sowie von Wald 5 Pfennig Umlage erhoben werden. Im Voranschlag 1924/25 sind 324 546 Mark Ausgaben und 258 331 Mark Einnahmen vorgesehen. Es wären darnach durch Umlagen 66 213 Mark zu decken. Das städtische Vermögen hat gegen 1914 sowohl wie gegen 1919 eine erhebliche Vermehrung durch Erwerbung und Erstellung verschiedener Häuser, den Bau des Stauwerks und die Neueinrichtung des Elektrizitätswerks erfahren.

Die Arbeitslosigkeit in Mannheim. Nach den Feststellungen des Arbeitsamts Mannheim, öffentlicher Arbeitsnachweis für den Amtsbezirk Mannheim, betrug am 13. Mai d. J. die Zahl der Vollerwerbslosen 9 464 (7284 männliche, 2180 weibliche). Da am 6. Mai die Zahl der Vollerwerbslosen auf 9635 sich belief, ist ein weiterer Rückgang um 169 eingetreten.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Preisaufgabe für die Entwicklung der Stadt Eberbach. Folgende Preisaufgabe schreibt die Stadt Eberbach aus: „Die Stellungnahme Heinrichs (VII.), des Sohnes Kaiser Friedrich II. zu den verfassungs und territorialgeschichtlichen deutschen Problemen seiner Zeit, unter besonderer Berücksichtigung seiner Erwerbungen im Neckartal". Dieses Preisausschreiben, für das ein Preis von 500 Goldmark ausgesetzt ist, gilt zur Erinnerung an die im Jahre 1227 erfolgte Lehnsübertragung der Burg Eberbach an König Heinrich VII., die für die Entwicklung der Stadt Eberbach von grundlegender Bedeutung geworden ist. Außer dem ausgesetzten Preis trägt die Stadt Eberbach noch die Druckkosten bis zum Umfang von acht Bogen

Aus der Landeshauptstadt

Zur Plakatausstellung des Verkehrsvereins in der städt. Ausstellungshalle. Bis zu dem vorgeschriebenen Termine waren für das vom Verkehrsverein geplante Reklame-Plakat für die diesjährige Karlsruher Herbstwoche 24 Entwürfe eingegangen, die in der städt. Ausstellungshalle öffentlich ausgestellt sind. Das Ergebnis der im Ausschreiben vorgesehenen Volksabstimmung, die Montag Abend 5 Uhr abgeschlossen wurde, ist folgendes: Für den 1. Preis (300 M.) entschieden sich die meisten Stimmen zugunsten des Entwurfs Nr. 485, Kennwort „E A D", Verfasser Herr Alfred **Böld**, Zeichenlehrer, hier; für den 2. Preis (200 M.) entschieden sich die meisten Stimmen zugunsten des Entwurfs Nr. 486, Kennwort „Ksilebo" Verfasser „Reklamekunst Südwest Karlsruhe, G. m. b. H.", Erbprinzenstraße 8. — Die Künstlerkommission, die der Verkehrsverein zur Beurteilung der Entwürfe beizog, bestehend aus den Herren Alfred Kusche, Professor und Kunstmaler, Paul Kusche, Kunstmaler und Ernst Würtenberger, Professor und Kunstmaler, hat in ihrer Mehrheit den 1. Preis zuerkannt dem Entwurf Nr. 486, Kennwort „Ksilebo", den 2. Preis dem Entwurf Nr. 475, Kennwort „Wimpelzeichen I", Verfasser Herr Fritz Lang, Westendstr. 81; ferner hat die Mehrheit der Kommission die vorgesehenen beiden Trostpreise von je 50 M. vereinigt zu einem 3. Preis (100 M.), und diesen zuerkannt dem Entwurf Nr. 485, Kenenwort „E A D". Nunmehr hat der Verkehrsverein die endgültige Entscheidung, wie die vorhergesehenen Preise zu verteilen sind, und welcher Entwurf zur Ausführung kommen soll, zu fällen. Die sämtlichen eingegangenen Entwürfe bleiben noch bis heute Mittwoch, 21. Mai in der Ausstellungshalle ausgestellt.

Postalisches. Die bereits angekündigten neuen Freimarken zu 60 und 80 Pfennig wird nunmehr fertiggestellt. Die Marken tragen im Hinblick auf das 50jährige Bestehen des Weltpostvereins das Bildnis seines Gründers, des Generalpostmeisters von Stephan. Links und rechts vom Bildnis sind die Worte „50 Jahre Weltpostverein" lesbar. Die Marken zu 60 Pfennig sind in rotbrauner, die zu 80 Pfennig in blauschwarzer Farbe in Buchdruck auf weißem Waffelmusterpapier in Bogen zu 100 Stück hergestellt.

Landestheater. Da im Landestheater aus feuerpolizeilichen Gründen vom Juni an größere bauliche Veränderungen vorgenommen werden müssen, so wird die Spielzeit im Landestheater bereits am 9. Juni (Pfingstmontag) schließen. Weitere Vorstellungen bis inkl. 25. Juni (Schluß der Spielzeit) finden im Städt. Konzerthaus statt. Infolgedessen sind die noch für den Rest der Spielzeit geplanten Neueinstudierungen in Oper und Schauspiel (z. B. Rheingold und Faust 1. Teil), sowie die Uraufführung von Tamerlan nicht möglich und müssen auf die nächste Spielzeit verschoben werden. Anläßlich des am 11. Juni nächste Spielzeit verschoben werden.

Kammersänger Wilhelm Nentwig, der hochgeschätzte lyrische Tenor unseres Landestheaters, tritt anfangs Juni sein fünfmonatliche Gastreise nach Südamerika an. Vorher werden die zahlreichen Freunde seiner Kunst noch Gelegenheit haben, den allbeliebten Sänger zu hören. Kommenden Donnerstag, den 22. ds. Mts. wird sein Konzert abends 8 Uhr im Eintrachtsaale stattfinden. Den Klavierpart hat Herr Musikdirektor Georg Hofmann übernommen. Der Konzertdirektion Kurt Neufeldt wurde der Vorverkauf übertragen.

Kurze Nachrichten aus Baden

Vom Weinbau. Das badische **Weinbauinstitut in Freiburg** gibt folgendes bekannt: Wo am 16. und 17. Mai stärkere Gewitterregen niedergegangen sind, können stellenweise Peronospora-Infektionen erfolgt sein. In ausgesprochenen Peronosporalagen empfiehlt es sich deshalb bis zum letzten Mai die Reben zum erstenmal mit 1proz. Kupferkalk — 1proz. Nosperalkalk oder 0,6proz. Kurtakolbrühe zu bespritzen. Wo stärkerer Mottenflug beachtet wurde, setzt man auf 100 Liter Kupferkalk- oder Nosperalkalkbrühe 150 Gr. Uraniagrün zu oder man verspritzt 1½proz. Nosperalsenbrühe. Wer bis dahin nicht spritzen will, muß, wo Heuwurmmotten beobachtet werden, in den nächsten Tagen die Gescheine mit einem arsenhaltigen Verstäubungsmittel leicht bestäuben.

Mannheim, 20. Mai. Während am Samstag auf dem Spargelmarkt der häufigste Preis für 1 Pfund Spargeln noch 1 Mark betrug, ging der Preis auf dem Montagshauptmarkt auf 80 Pf. und auf dem Montagspargelmarkt auf 70 Pf. zurück. Die Ursache ist die größere Zufuhr dank der günstigen Witterung. So wurden dem Montagsspargelmarkt 14 Zentner Spargeln zugeführt, gegen 8,10 Zentner am 17., 1,40 Zentner am 16., und 4,11 Zentner am 15. d. M. Die Nachfrage war auf dem Montagmarkt begreiflicherweise etwas geringer als am Samstag; von den angelieferten 14 Zentnern war am Schlusse des Marktes noch ein kleiner Rest übriggeblieben. Da zwei hessische Händler gewässerte Spargeln auf den Markt brachten, wird darauf hingewiesen, daß in Mannheim der Verkauf solcher Spargeln verboten ist. Zufolge der Bekanntmachung des Manheimer Bezirksamtes vom 31. März 1914 ist das Wässern von Spargeln als Nahrungsmittelfälschung strafbar. Der Verkauf gewässerter Spargeln kann außerdem als Betrug oder Betrugsversuch verfolgt werden. Durch Wässern werden die Spargeln geschmack- und wertlos.

WTB. **Mannheim**, 20. Mai. In dem 1½ Tage andauernden Prozeß gegen den 21 Jahre alten Landwirt und Fuhrmann Georg **Beck** aus Weinheim, der angeklagt war, das gleichaltrige Dienstmädchen Elisabeth **Kadel**, um die Folgen eines Verhältnisses zu beseitigen, mit einem Knüppel erschlagen und die Leiche hierauf in einem Baggersee bei Weinheim versenkt zu haben, wurde heute mittag 1 Uhr das Urteil gefällt. Der Angeklagte wurde wegen Mordes **zum Tode verurteilt**. Zugleich wurde auf dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt.

Heidelberg, 18. Mai. Am Himmelfahrtstag soll die **Personenschiffahrt Heilbronn—Heidelberg** vorerst an Sonn- und Feiertagen und ab 19. Juni auch Donnerstag wieder aufgenommen werden.

DZ. **Heidelberg**, 19. Mai. Gestern nachmittag um 2.15 Uhr wurde hier und in benachbarten Städten (auch in Pforzheim) ein sehr **helles Meteor** beobachtet. Zu den Nachrichten aus Mitteldeutschland, wonach dort ein leichtes Erdbeben verspürt worden sei, teilt die Erdbebenwarte mit, daß deren Seismograph keine Aufzeichnung hinterlassen hat.

* **Bruchsal**, 20. Mai. **Der Bruchsaler Sommertagszug**, der seit Jahren zu einem wirklichen Volksfest für Bruchsal und den ganzen Kraichgau geworden ist, und an dem alle Kreise der Bevölkerung, jung und alt, Anteil nehmen, ist am letzten Sonntag unter großem Andrang von nah und fern abgehalten worden. Trotz des lachenden Maiwetters war die Illusion des scheidenden Winters durch den 12 Meter hohen Schneemann auf der großen Brücke mit seinem 18 Meter langen Sommertagsstecken und seiner 3 Meter breiten Riesenbretzel vollkommen erreicht. Eine große Zahl künstlerisch ausgeführter Wagen unterbrach den fast unübersehbaren Zug der Sommertagskinder aus Bruchsal und den umliegenden Orten. Unter den zahlreichen Gästen bemerkte man Mitglieder der Regierung und des Landtags.

* **Ötigheim**, 21. Mai. Die Vorbereitungen sind soweit getroffen, daß am Sonntag, den 1. Juni mit dem diesjährigen **Josef-Spiel** auf der **Naturbühne Ötigheim** begonnen werden kann. Umrahmt von einer farbenprächtigen, süßduftenden Naturszenerie wird das diesjährige Josefs-Spiel besonders an den ersten Frühsommerspieltagen so viel Schönes bieten, daß sich der Besuch aufs reichste lohnt. Dankbar zu begrüßen ist auch die Neuerung, daß von allen Stationen bis 120 Kilometer Entfernung Sonntagsfahrkarten nach Ötigheim ausgegeben werden. Im übrigen verweisen wir auf das Inserat in heutiger Nummer, wobei die ausfallenden Spieltage besonders zu beachten sind.

DZ. **Baden-Baden**, 18. Mai. Am 31. Mai und 1. Juni d. J. findet in Baden-Baden die **Generalversammlung badischer Dentisten** statt. Am Samstag finden die Sitzungen des Landesvorstandes und der engeren Kommission statt, denen sich am Sonntag die Generalversammlung anschließt. Der Nachmittag ist wissenschaftlichen Vorträgen, u. a. von Geh. Hofrat Prof. Dr. **Dreßler**-Karlsruhe gewidmet. Am Montag findet die Besichtigung von Sehenswürdigkeiten statt.

Freiburg i. Br., 20. Mai. In Würdigung seiner Verdienste um die Kirchenmusik hat in einem Handschreiben aus dem Vatikan vom 10. Mai Kardinalstaatssekretär **Gasparri** dem Komponisten **Franz Philipp** in Freiburg mitgeteilt, daß der Heilige Vater Franz Philipps à capella-Chöre „Unserer Lieben Frau" als schönen Beweis des künstlerischen Gottesdienstes schätze und den Komponisten zu den himmlischen Belohnungen, die er für diese Schöpfung erwarten dürfe, von Herzen den apostolischen Segen erteile.

DZ. **Donaueschingen**, 19. Mai. Zur Unwetterkatastrophe. Mehr und mehr gewinnt man jetzt ein genaues Bild über die überaus schweren Folgen der Unwetterkatastrophe am vergangenen Freitag. Von den beiden getroffenen Orten hat **Aselfingen** am schwersten gelitten. Der Ort gibt ein Bild trostloser Verwüstung. Die Straße Gutachmühle—Aselfingen—Achdorf wird am Ortsausgang, ungefähr 300 Meter vom Schulhaus entfernt, von einem großen See unterbrochen. Dorfbewohner sind dabei, einen Stichkanal zu graben, um das Wasser dieses Sees, der etwa 500 Meter lang und 200 Meter breit ist bei einer Tiefe von 2 Metern, abzuleiten. Der Schulhof ist vollständig verschwunden und vom Wasser bedeckt, desgleichen steht der große Obstgarten vollständig unter Wasser. Große Schlammbänke haben sich gebildet. Zwischen dem Schulhause und dem Keller'schen Anwesen sind jetzt große Felsstücke aufgetürmt, und dazwischen steht wie eine Streichholzschachtel eingeklemmt, eine Handlung. Die Wucht des Wassers muß außerordenhtlich groß gewesen sein. Zu den außerordentlich schweren Gebäudeschäden in Aselfingen und zu dem Fahrnisschaden kommt noch der bis jetzt unübersehbare Schaden, den die Wiesen, die Acker erlitten haben. Fast alle Bewohner in Aselfingen sind arme Leute geworden. In **Rundelfingen** ist der Schaden glücklicherweise nicht so groß wie in Aselfingen. Aus eigener Hilfe werden die Beschädigten in Rundelfingen und Aselfingen sich nicht wieder erholen können. Es wird hierzu einer großzügigen Hilfsaktion bedürfen, die bereits von dem Oberamtmann Wehrle in Donaueschingen in die Wege geleitet worden ist.

DZ. **Marbach**, 18. Mai. Die Überreste des kürzlich niedergebrannten **Schlosses Marbach** sind in den letzten Tagen von Architekten und Kunstprofessoren aus Karlsruhe besichtigt worden, die sich für einen **Wiederaufbau** und Ausbau des Schlosses in der bisherigen Form ausgesprochen haben.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

in Millionen Mark

	21. Mai Geld	21. Mai Brief	20. Mai Geld	20. Mai Brief
Amsterdam . .	1 576 000	1 584 000 [2]	1 576 000	1 584 000 [2]
Kopenhagen .	716 200	719 800 [10]	716 200	719 800 [10]
Italien . . .	188 000	189 000 [100]	188 500	189 500 [50]
London . . .	18 405 000	18 495 000 [2]	18 405 000	18 495 000 [2]
Newyork . . .	4 190 000	4 210 500 [2]	4 190 000	4 210 500 [2]
Paris	229 400	230 600 [100]	227 900	228 600 [50]
Schweiz . . .	745 100	748 900 [2]	745 100	749 900 [2]
Prag	125 600	126 400 [25]	124 600	125 400 [50]
Wien (100 Kronen)	59 800	60 200 [100]	59 800	60 200 [100]

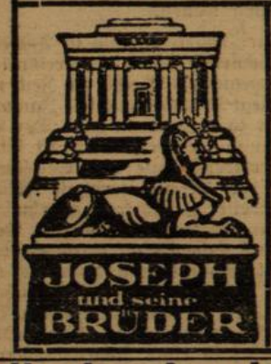
Die kleine Ziffer bedeutet die Zuteilung in Prozent

Deutsche Steinzeugwarenfabrik für Kanalisation und Chemische Industrie Friedrichsfeld in Baden. In der Aufsichtsratssitzung vom 12. Mai wurde die Bilanz für das abgelaufene Geschäftsjahr vorgelegt und beschlossen, die Generalversammlung auf den 16. Juni, vormittags 10½ Uhr, nach Friedrichsfeld einzuberufen. Von der Verteilung einer Dividende soll Abstand genommen werden.

Die Elektrizitätswerk Mittelbaden A.-G. hielt am 15. d. M. in Lahr ihre vierte ordentliche Generalversammlung ab. Die vom Vorstand und Aufsichtsrat nach eingehender Prüfung durch Sachverständige vorgelegte Goldmarkbilanz fand einstimmige Annahme. Durch die Genehmigung der Goldmarkbilanz ist das Aktienkapital der Gesellschaft von nominell 15 Millionen auf 1,5 Millionen und der Wert jeder Aktie von 1000 Mark auf 100 Goldmark umgestellt. Die Aufwertung der Obligationen vom 1. April 1920 beträgt 50 Goldmark, vom 1. Januar 1922 20 Goldmark und vom 1. April 1922 10 Goldmark für je 1000 Mark. Die Leistungsfähigkeit der Kraftwerke ergibt sich aus folgenden Zahlen: Drei Dampfturbinen 3850 Kilowatt, 2 Dieselmaschinen 600 Kilowatt, 2 Akkumulatorenbatterien 200 Kilowatt, div. Wasserkräfte 250 Kilowatt, zusammen 4900 Kilowatt. Die Gesamtstromabgabe betrug in Kilowattstunden im Jahre 1913 1 768 849, im Jahre 1922 4 683 699 und im Jahre 1923 4 331 818.

Das Stahlwerk Becker A. G. Gegen den bisherigen Generalsekretär des Stahlwerkes Becker A. G. in Willich, **Heuer**, wurde, wie die „Köln. Volksztg." meldet, sowohl seitens des Stahlwerkes, als auch von der dieser Gesellschaft nahestehenden Industriellen-Bank, G. m. b. H., Düsseldorf, **Anzeige wegen Betruges** und ähnlicher Vergehen erhoben. Heuer wird beschuldigt, Gelder, die beiden Gesellschaften gehören und über die er im Interesse beider Gesellschaften verfügen sollte, für private Zwecke in bedeutendem Umfange verwendet zu haben.

Volksschauspiel Ötigheim.



Aufführung: Jeden Sonntag vom 1. Juni bis 5. Oktober
Ausgenommen: 29. Juni, 13. Juli und 31. August.
700 Mitwirkende
Preise: 1—6 Mk., Stehplatz 50 Pfg.
Anfang ½2 Uhr Ende ½7 Uhr.
Fahrpreisermäßigung durch Sonntagsfahrkarten.
Vorverkauf:
Ötigheim Theaterkasse. Tel. 61 Rastatt.
Vorverkaufsstellen:
Herder'sche Buchhandlung
Zeitungskiosk beim Hotel Germania
Buchhandlung Kraus, Baumeisterstr. 4
Zigarrengesch. Herrmann, Sofienstr. 126

Badisches Landestheater.
Donnerstag, 22. Mai. 7½ b. g. 10½ Uhr. Sp. I M. 4.20. Abonn. G 21. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1901—2100, II. und III. Sondergruppe.
Der Schild des Archilochos.
Hierauf: **Amphitryon.**

Morgen Donnerstag, 22. Mai, 8 Uhr, Eintracht
Lieder- und Arien-Abend
Kammersänger Wilhelm
NENTWIG
vom Badischen Landestheater
Am Flügel: Musikdirektor Georg Hofmann
Lieder von Schubert, Schumann, Strauss
Arien von Verdi, Meyerbeer, Puccini
Karten zu 3, 2, 1.50 und 1 M. einschl. Steuer bei
Kurt Neufeldt

Detektiv Institut u. Privat-Auskunftei „Argus" Mannheim O. 6. 6. Planken B.47 Fernspr. 3305
A. Maier & Co., G. m. b. H

Metallbetten
Stahlmatr., Kinderbett., direkt an Private, Katalog 78 R frei.
Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Gartenstadt Karlsruhe e. G. m. b. H.

Einladung

zu der **18. ordentlichen Hauptversammlung der Gartenstadt Karlsruhe e. G. m. b. H.** am **30. Mai, abends pünktlich 8½ Uhr**, im **„Grünen Baum"** in Klein-Rüppurr. D.345

Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes und Vorlage der Bilanz mit Gewinn- und Verlustrechnung.
2. Bericht des Aufsichtsrats über die Revisionen.
3. Genehmigung der Bilanz und Jahresrechnung.
4. Entlastung des Vorstandes.
5. Genehmigung der Golderöffnungsbilanz.
6. Satzungsänderungen.
7. Neuwahlen zum Aufsichtsrat.
8. Anträge und Wünsche der Mitglieder.

Nur Mitglieder haben Zutritt. Die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustberechnung liegt in der Geschäftsstelle auf. Das Mitgliedsbuch dient als Ausweis.

Der Aufsichtsrat:
E. Trautmann, Regierungsrat, Vorsitzender.

Bürgerl. Rechtspflege

A. Streitige Gerichtsbarkeit.

W.479. **Baden.** Durch Beschluß des Amtsgerichts Baden vom 6. d. Mts. wurde die am 24. Juli 1902 zu Sinsheim geborene **Anna Zoller** wegen Verschwendung entmündigt. W.479

Baden, 15. Mai 1924.
Der Gerichtsschreiber des bad. Amtsgerichts.

Jagdverpachtung.

Die Gemeinde Ichenheim Amt Lahr in Baden versteigert am **Montag, den 26. d. Mts., nachm. 1 Uhr**, im Rathaus die Ausübung der Jagd auf ihrer Gemarkung und zwar Distrikt II, III und IV umfassend 356 ha Wald und 969 ha Feld auf 6 Jahre bis 31. Januar 1930.

Bedingungen können auf dem Rathause eingesehen werden. D.348

Ichenheim, 16. Mai 1924.
Gemeinderat.

Ausschreibung.

Im Namen der Bad. Landeselektrizitätsversorgung A.-G. (Badenwerk) werden die Arbeiten für die Verlegung der Landstraße Nr. 50 zwischen Schluchsee und Seebruck auf Grund der Verordnung über das Verdingungswesen, Bad. Gesetz- und Verordnunnsblatt Nr. 57 vom 5. 8. 1922, zum öffentlichen Wettbewerb ausgeschrieben. W.480

Die Baustrecke 2530 m lang, umfaßt in der Hauptsache 27 000 cbm Erd- und Felsbewegung. Fahrbahnbreite 5,5 m. Bedingnisheft gegen Einsendung von R.M. 15.— durch die unterzeichnete Behörde, bei Rückgabe der Unterlagen R.M. 10.— zurück. Oeffentliche Verdingungstagfahrtam **2. Juni 1924, vormittags 11 Uhr**, auf Zimmer Nr. 76 im Badenwerk Karlsruhe, Hebelstraße 4. Bis dahin Angebote mit Aufschrift: „Verlegung der Landstraße Nr. 50" gebührenfrei an die unterzeichnete Behörde. Zuschlagsfrist 2 Wochen.

Karlsruhe, 19 Mai 1924.
Bad. Wasser- und Straßenbaudirektion. — Abteilung für den Bau des Murg- und Schluchseewerkes.

Zu vergeben die Erd-, Maurer-, Zimmer-, Schmiede-, Blechner-, Dachdecker-, Verputzarbeiten und Schindelanschlag für die prov. Aufnahmegebäude der Stationen Bärental, Altglashütten — Falkau und Schluchsee. W.490 2.1

Zeichnungen und Bedingungsheft liegen auf unserem Hochbaubüro Zimmer Nr. 10 zur Einsicht auf, wo auch Angebote gegen Selbstkosten abgegeben werden. Kein Versand nach auswärts. Die Angebote sind längstens bis **Dienstag, den 3. Juni ds. Js., vorm. 10 Uhr**, verschlossen portofrei und mit entsprechender Aufschrift versehen, einzureichen. Zuschlagsfrist 3 Wochen.

Neustadt, 19. Mai 1924.
Bauabteilung.

Güterrechts-Register

Schopfheim. W.224

Zum Güterrechtsregister Band I Seite 308 wurde eingetragen:

„Freiner, Louis, Gastwirt in Schopfheim, und Maria geb. Schneider. Vertrag vom 2. April 1924.

Errungenschaftsgemeinschaft.

Schopfheim, 10. Mai 1924.
Bad. Amtsgericht.

Druck G. Braun, Karlsruhe.